Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Ihr Ansprechpartner
Jens Jungmann

Durchwahl
Telefon +49 351 564 80600
Telefax +49 351 564 80680

presse@smwa.sachsen.de*

04.11.2025

Sachsens Stahlbranche fordert langfristige Entlastungsmechanismen der EU und des Bundes

Wirtschaftsminister Dirk Panter: »Wir wollen endlich Ergebnisse sehen. Es gibt kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.«

Bundeskanzler Friedrich Merz wird sich am 6. November bei einem »Stahlgipfel« mit Branchenvertretern treffen. Die sächsische Stahlindustrie hat ihre Erwartungen gemeinsam mit Wirtschaftsminister Dirk Panter bereits beim 4. Sächsischen Stahlgipfel am 20. Oktober 2025 in Freital formuliert. In dem vom sächsischen Wirtschaftsministerium (SMWA), der Wirtschaftsvereinigung Stahl, der IG Metall und den beteiligten Stahlunternehmen unterzeichneten Positionspapier »Ohne sächsischen Stahl kein Fortschritt und kein starkes Europa« fordern die Akteure aus dem Freistaat von der EU und vom Bund die Schaffung von Entlastungsmechanismen, die auch tatsächlich greifen und langfristige unternehmerische Planungssicherheit gewährleisten.

Staatsminister Dirk Panter: »Um die gesamte Wertschöpfungskette in Deutschland zu erhalten, brauchen wir eine starke Grundstoffindustrie. Dafür ist die Stahlindustrie essenziell. Der 4. Sächsische Stahlgipfel hat gezeigt: Die sächsischen Akteure ziehen an einem Strang und wollen das in Richtung EU und Bund deutlich machen. Die großen Fragen lassen sich nur auf diesen Ebenen regeln. Diskutiert wird schon sehr lange. Nun wollen wir endlich Ergebnisse sehen. Es gibt kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Die bisher verabschiedeten Einzelentlastungen reichen nicht aus. Ich hoffe, dass die positiven Signale, die aktuell von den Gesprächen der Bundeswirtschaftsministerin mit der Europäischen Kommission ausgehen, zu genau solchen Ergebnissen führen.«

Folgende Maßnahmen sieht Sachsens Stahlindustrie als notwendig an:

- Verlängerung und faire Ausgestaltung der Strompreiskompensation über 2025 hinaus

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

www.smwa.sachsen.de

Zu erreichen ab Bahnhof Dresden-Neustadt mit den Straßenbahnlinien 3 und 9, ab Dresden-Hauptbahnhof mit den Linien 3, 7 und 8. Haltestelle Carolaplatz.

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

- Einführung eines Industriestrompreises und einer langfristigen und dauerhaften Deckelung der Netzentgelte
- Ausbau von erneuerbaren Energien und von Speicherkapazitäten zur Stabilisierung von Preisen und Versorgungssicherheit
- Stärkung inländischer und europäischer Lieferketten durch effektive Außenhandelsschutzmaßnahmen (z. B. wirksame Begrenzung der Importe auf ein für die Unternehmen tragfähiges Niveau durch ein WTO-konformes Zollkontingentsystem, Carbon-Leakage-Schutz durch bspw. Lückenschluss beim CBAM)
- Effiziente Verwaltung und schnelle Genehmigungsprozesse
- Förderung von Innovation, Investitionen, Fachkräften und Qualifizierungsmaßnahmen für eine sozialverträgliche Transformation

Hintergrund

Die Stahlproduktion in Deutschland ist rückläufig. Nach Angaben der Wirtschaftsvereinigung Stahl sank die Rohstahlproduktion von Januar bis August 2025 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um nahezu zwölf Prozent.

Sachsen ist mit seinen Elektrostahlwerken heute schon Vorreiter für emissionsarme Stahlproduktion. Um diese Position ausbauen zu können, sind sächsische Werke sowohl auf die Versorgungssicherheit mit kohlenstoffarmen Energien als auch auf wettbewerbsfähige und stabile Strompreise angewiesen.

Der Strompreis für die Industrie in Deutschland liegt derzeit auf einem Niveau, das viele Stahlprojekte unwirtschaftlich macht. Unternehmen beklagen zudem komplexe und langwierige Genehmigungsverfahren. Die schlechte konjunkturelle Lage, die globalen Handelskonflikte und die Wettbewerbsverzerrung durch Carbon Leakage (Verlagerung von CO2-Emissionen) bremsen Investitionen zusätzlich aus.

Die sächsische Stahl- und Metallindustrie umfasste 2024 ca. 45.900 Beschäftigte in 613 Unternehmen und erwirtschaftete einem Jahresumsatz von 10,5 Milliarden Euro (ca. 13 Prozent des verarbeitenden Gewerbes). 2019 trat Sachsen der Allianz der Stahlländer bei, einem Zusammenschluss von elf Bundesländern mit ausgeprägter Stahlindustrie.

Am 4. Sächsischen Stahlgipfel in Freital nahmen neben dem SMWA, der WV Stahl und der IG Metall die Stahlwerke BGH Edelstahl Freital GmbH, BGH Edelstahl Lippendorf GmbH, BGH Edelstahl Lugau GmbH, FERALPI STAHL, Mannesmannröhren-Werk GmbH, GMH – Schmiedewerke Gröditz GmbH und Ervin Germany GmbH teil.

Medien:

Dokument: Positionspapier „Ohne sächsischen Stahl kein Fortschritt und kein starkes Europa“ (PDF-Datei zum Herunterladen)

Links:

Vierter Sächsischer Stahlgipfel im Stahlwerk Freital: Branche benötigt verlässliche Energieversorgung zu planbaren und wettbewerbsfähigen Preisen (Pressemitteilung des SMWA vom 20. Oktober 2025)